



EU-Mission Eulex in Priština
Verhängnisvoller Vorfall

Besuch bekommen, kein Albanisch gesprochen und immer nur kurz begrüßt.

Shale wird keine Gelegenheit mehr bekommen, die Bekanntschaft mit seinen Nachbarn zu vertiefen. Am Wochenende verließen die drei Männer Priština mit einer Sondermaschine Richtung Berlin. Robert Z., Andreas J. und Andreas D. werden wohl nie wieder in das Kosovo zurückkehren.

Warum auch? Sie waren als Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) eingereist und beendeten ihren Einsatz als traurige Medienberühmtheiten, deren Fotos tagelang von Fernsehen und Zeitungen gezeigt wurden. Agenten aber, die jeder kennt, sind nutzlos geworden.

Die Freilassung der drei Deutschen ist das Ende eines ungewöhnlichen Tauziehens zwischen Deutschland und dem jungen Kleinstaat auf dem Balkan. Der Umgangston zwischen den beiden ungleichen Partnern habe zwischenzeitlich das diplomatisch übliche Niveau weit unterschritten, klagt ein Angehöriger der kosovarischen Regierung. Zuletzt hatte Kanzleramtsminister Thomas de Maizière in einem Telefonat mit Ministerpräsident Hashim Thaçi angedeutet, die Fördergelder zu streichen. Dessen Polizei hatte die drei Deutschen vor knapp zwei Wochen unter dem Vorwurf festgenommen, sie seien für den Bombenanschlag auf die EU-Mission im Kosovo verantwortlich.

Wie es zwischen Berlin und Priština nun weitergehen soll, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Eine Gewissheit allerdings gibt es schon jetzt. Der deutsche Auslandsnachrichtendienst hat durch das ungeschickte Auftreten seiner Agenten eine seiner wichtigsten Operationen womöglich irreparabel beschädigt.

Schon seit Jahren gehört das Kosovo zu den zentralen Einsatzgebieten des BND. Die Region ist politisch instabil, liegt nicht weit von Deutschland entfernt, ist Hort der Organisierten Kriminalität mit vielfältigen privaten und geschäftlichen Verbindungen in die Bundesrepublik und zudem Einsatzort für deutsche Polizisten und Soldaten.

Im BND kümmern sich gleich drei Bereiche um das Kosovo: die Abteilung 5, zuständig für Organisierte Kriminalität, die 2005 dem heutigen Ministerpräsidenten Thaçi bescheinigte, eine wichtige Figur eines kosovo-albanischen Mafianetzwerks zu sein. Der vertrauliche Bericht fand damals umgehend seinen Weg in die Öffentlichkeit. Thaçi hat das den Deutschen bis heute nicht verziehen.

Auch die Abteilung 2, zuständig für Fernmeldeaufklärung, ist auf dem Balkan aktiv. Ende der neunziger Jahre startete sie die Operation „Mofa99“. Die Deutschen schneiden unter anderem Telefon- und Funkgespräche der umstrittenen Ko-



BND-Mitarbeiter beim Verhör: Gegen jede Regel konspirativer Tätigkeit verstoßen

GEHEIMDIENSTE

Die traurigen Männer von 11 A

Mit ihrer Ungeschicklichkeit haben drei BND-Agenten eine der wichtigsten Operationen des Dienstes gefährdet: den Aufbau eines eigenen Quellennetzes im Kosovo.

Die Firma residiert in einem der besseren Viertel der kosovarischen Hauptstadt. Das großzügige Einfamilienhaus am Rande Prištinas liegt auf einem Hügel mit Blick ins Tal. Es ist weiß verputzt und von einem hohen schmiedeeisernen Zaun umgeben. Am Pfosten neben der Eingangstür hängt das Schild mit dem eingravierten Firmenlogo: die Buchstaben LCAS und darunter drei Bögen in Schwarz, Rot und Gold.

Hinter dem Gitter steht ein Mitsubishi Pajero mit Münchner Kennzeichen. Die

Gardinen sind zugezogen, unter dem Dach hängen Halogenleuchten mit Bewegungsmeldern. Vor der Haustür liegt eine Rosenschere, auf der Terrasse steht ein Grill. Auch der hintere Teil des Grundstücks mit dem kurzgemähten Rasen ist eingezäunt.

Die Deutschen seien im Herbst eingezogen und immer sehr freundlich gewesen, sagt Hajredin Shale, der Nachbar, einen habe man regelmäßig beim Joggen gesehen. Viel hat er von den drei Männern nicht mitbekommen. Sie hätten allein gelebt, nie



Kosovo-Premier Thaçi (r., mit Präsident Fatmir Sejdiu): Telefonat mit dem Kanzleramt

sovo-Befreiungsarmee UÇK mit und werben sie aus. Die Operationen sind so erfolgreich, dass mehrere deutsche Techniker über viele Jahre im mazedonischen Innenministerium stationiert wurden, um von dort aus „Mofa99“ zuzuarbeiten. Seit dieser Zeit besitzt der BND ein feingewobenes Quellennetz von hochrangigen Funktionären in der UÇK und der kosovarischen Administration.

Als der BND dann auch noch die Lage für die Bundeswehr aufklären sollte, genehmigte der neue BND-Präsident Ernst Uhrlau 2006 eine weitere Operation. Die Abteilung 1 sollte sogenannte Force Protection betreiben und möglichst viele Informationen zusammentragen, um die Sicherheit der eigenen Truppen zu garantieren. Als Operationsort wurde die Hauptstadt Priština ausgewählt, die Mission sollte unter strengster Geheimhaltung erfolgen, und es galt die höchste Konspirationsstufe. Um zwei Ziele ging es der BND-Führung: die Führung von Quellen und Aufklärung vor Ort.

Die Operation lief im Referat 11A, das nach dem geheimen Verteilungsplan des BND für „Einsatzbegleitung der Bundeswehr und Koordination der operativen militärischen Aufklärung“ zuständig ist. Die Vorbereitungen konnten beginnen.

Am 12. April 2007 trugen zwei Herren, die sich als „Michael Hohenstein“ und „Rolf Hagen“ auswiesen, die Firma LCAS Logistics-Coordination & Assessment Service Hohenstein & Hagen GmbH beim Amtsgericht München ein. Als Unternehmenszweck gaben die beiden Bayern feinsinnig „logistische Dienstleistungen“ an, was nicht wirklich gelogen ist. Mitarbeiter hat das Unternehmen angeblich nur zwei, Firmensitz ist ein Büropark aus modernen Glas-Stahl-Gebäuden am südlichen Stadtrand von München, in Ottobrunn.

Das Haus an der Alten Landstraße 23 ist ideal für eine konspirativ arbeitende Or-

ganisation. In dem unauffälligen Bürogebäude sind etwa ein Dutzend Computer- und Designfirmen untergebracht, zwei Anwaltskanzleien und ein Hersteller von Landkarten. Hinter jeder Tür an den langen Fluren residiert ein anderes Unternehmen. Man teilt sich Teeküche und Klo und hat sonst nichts miteinander zu tun.

Die Tarnfirma LCAS ist damit eine wie jede andere. Niemand weiß, wer hier arbeitet und ob überhaupt gearbeitet wird. Das Türschild ist inzwischen entfernt worden. Die Firma sei ausgezogen, sagt ein junger Computerspezialist von gegenüber, aber es sei ohnehin fast nie jemand da gewesen. Das Büro immerhin sieht benutzt aus. Auf dem Schreibtisch steht ein Computer, an der Wand hängt ein Druck von Kandinsky. Das reicht, um



LCAS-Sitz in Priština (o.), in Ottobrunn „Logistische Dienstleistung“

die streng geheime Priština-Mission des BND zu tarnen.

Dort beginnt die Operation im September 2007. Am 5. Oktober 2007 wird die LCAS offiziell mit einem Stammkapital von 2500 Euro unter der Registernummer 70453415 in der kosovarischen Hauptstadt eingetragen, als Besitzerin ist die Muttergesellschaft in Ottobrunn notiert. Das Unternehmen macht keine Umsätze, es zahlt keine Steuern, und es agiert so unauffällig, dass der Direktor einer deutschen Beschäftigungsagentur im Kosovo heute sagt: „Wenn diese Firma hier aktiv war, hätte ich sie eigentlich kennen müssen.“ Doch Bekanntheit ist das Letzte, was die Jungunternehmer aus Bayern wünschen.

In Priština wechseln sich insgesamt elf Agenten des BND ab. Sie knüpfen Kontakte, klären auf und konspirieren, immer legendiert unter dem Deckmantel der LCAS. Meist sind zwei bis drei Agenten gleichzeitig vor Ort. Das bislang letzte Team besteht aus Robert Z., Andreas J. und Andreas D., die viele ihrer Kollegen für einige Jahre von der Bundeswehr zum deutschen Geheimdienst abkommandiert wurden.

Robert Z., 47, gilt als erfahrener Agent, der schon mehrere Auslandseinsätze hinter sich hat. Er ist in Konstanz geboren und wohnt in Baden-Württemberg. Mit Frau und Tochter lebt er hier ein unauffälliges Leben. Die Nachbarn wissen, dass er bei der Bundeswehr war, „aber nur so auf Reserve“. Eigentlich mache er „irgendwas mit Computern“. Am Briefkastenschild endet seine Konspiration. Dort hängt sowohl sein Klar- wie auch sein Deckname.

Z. und seine Kollegen gehören einer Mission an, die so geheim ist, dass nicht nur die kosovarische Regierung hinters Licht geführt wird. Auch der offizielle BND-Resident in der deutschen Botschaft in Priština weiß nichts von der Anwesenheit seiner Kollegen, genauso wenig wie der deutsche Botschafter.

Am 14. November, einem Freitag, explodiert gegen 17.30 Uhr ein Sprengsatz vor der Zentrale der europäischen Mission Eulex. Schnell berichten die Nachrichtendienste über den Anschlag. BND-Lagezentrum und die Abteilung 1 in Pullach bei München werden aufmerksam. Sie bitten das Trio in Priština, für die nächste Sitzung der „nachrichtendienstlichen Lage“ im Berliner Kanzleramt zu klären, was passiert ist. Die Spitzenrunde deutscher Sicherheitsbeamter trifft sich jeden Dienstag. Als BND-Präsident muss Uhrlau Zwischenfälle von Gewicht persönlich vortragen, es empfiehlt sich, mit exklusivem Wissen munitioniert zu sein.

Also machen sich die drei an jenem Freitagabend mit ihrem Mitsubishi auf den Weg. Andreas J. steigt kurz vor 21 Uhr in der Nähe des Tatorts aus, er soll Bilder machen. Seine beiden Kollegen warten in dem Wagen, der Agent klettert in das Nachbar-

gebäude der Eulex, einen Rohbau, der einen sehr guten Blick auf den Tatort ermöglicht. Er ist nicht allein dort, offenbar lassen auch andere Geheimdienste observieren.

Als er das Gebäude verlässt, wird er von einem dänischen Uno-Soldaten angehalten, der wissen will, was er dort tut. Er arbeitet für die Sicherheitsfirma LCAS, versucht Andreas J. sich herauszureden. Er habe nur einen schnellen Blick auf den Anschlagort werfen wollen. Ein deutscher Uno-Beamter kommt später hinzu, J. muss seinen Pass abgeben und wird durchsucht. Die Ermittler beschlagnahmen unter anderem einen Notizblock.

Für den BND stellen sich seit diesem verhängnisvollen Vorfall eine Reihe peinlicher Fragen. Warum hat der Dienst ausgerechnet seine streng verdeckt arbeitenden Agenten zum Tatort geschickt, wo doch jedem Laien klar sein musste, dass dort die Gefahr groß war, in eine Polizeikontrolle zu geraten? Warum hatte der offizielle BND-Resident nicht diesen Job übernommen? Und warum hatte J. seinen verräterischen Notizblock mitgenommen und damit gegen jede Regel konspirativer Tätigkeit verstoßen?

In den beschlagnahmten Unterlagen stoßen die Ermittler auf den Namen des Kosovo-Ministerpräsidenten Thaçi und auf Notizen über die Lage im Kosovo. Für Berlin ist der BND-Notizblock ein zentrales Puzzleteil, um den Fall zu verstehen. Haben die Notizen erst das Interesse politischer Kreise um Premier Thaçi geweckt?

In jener Nacht jedenfalls lassen die Polizisten Andreas J. laufen, der seine beiden Begleiter als Zeugen benennt. Sie könnten aussagen, dass er sich zur Tatzeit in seiner Firma aufgehalten habe, sagt er.

Am nächsten Tag, einem Samstag, kann Andreas J. seinen Pass abholen. Es sieht so aus, als hätten sich alle Fragen erledigt. Doch am Mittwoch darauf werden die drei Männer gegen 18 Uhr überraschend festgenommen, in eine sieben Quadratmeter große Zelle gebracht und intensiv verhört. Gleichzeitig werden die LCAS-Firmenräume durchsucht. Kurz darauf muss der BND die wahre Herkunft der drei Agenten zugeben. Eine seiner wichtigsten Operationen steht damit vor dem Aus.

Das Quellennetz des BND, das im Kosovo so gut ausgebaut ist wie in wenigen anderen Ländern, ist nun hochgradig gefährdet. Die Berliner Geheimdienstler befürchten, die kosovarische Regierung werde jetzt womöglich eine Reihe von Informanten hochgehen lassen, die dem BND wertvolle Erkenntnisse geliefert hatten.

Die einzige Genugtuung für die Deutschen dürfte sein, dass auch in Priština ein Sündenbock für das Debakel gesucht wird. Mindestens ein hoher Kopf müsse rollen, sagt ein Mitarbeiter des Ministerpräsidenten Thaçi.

RENA TE FLÖTTAU,
JOHN GOETZ, CONNY NEUMANN,
HOLGER STARK, ANDREAS ULRICH

DDR

Stütze und Feigenblatt

Die Union hat eine Debatte über die CDU-Blockpartei nie für nötig befunden. Im Wahljahr 2009 bringt sie dieses Versäumnis in die Defensive.

Die Kanzlerin ist schon im Übermorgen. Die Union, so verkündete Angela Merkel mit Blick auf den Stuttgarter Parteitag in dieser Woche, wolle „Deutschland in das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts führen“.

Ein schönes Versprechen für die Parteibasis. Doch vor der Zukunft, das wurde mit jedem Tag der vorigen Woche deutli-

Tillich und Dieter Althaus an der Spitze in die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen zieht?

„Mit der Anti-Kommunismus-Keule gewinnt man im Osten keine Wahlen“, glaubt der einstige DDR-Bürgerrechtler und jetzige CDU-MdB Günter Nooke. Das ewige Erinnern daran, dass die Linkspartei SED-Nachfolgepartei sei, wirke für die Union



Sachsens Ministerpräsident Tillich, Parteitag der Ost-CDU in Dresden (1987), Parteifreunde

cher, ist erst mal die Vergangenheit dran: Vorbei an Entlastungsprogramm, Klimaschutz und flexiblem Arbeitsmarkt führt der Weg zurück in die schmutzige kleine DDR.

19 Jahre nach dem Mauerfall hat die CDU mit der Diskussion um ihren sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich eine veritable Blockflöten-Debatte eingeholt. Das ist in dem Einzelfall schon misslich genug. Vor allem aber schwächt es ihre Strategie, auch im Dauerwahlkampfjahr 2009 gegen die rot-rote Gefahr zu agieren und in der Linkspartei die Wiederverkehr der SED zu erkennen.

Es ist eine Frage der eigenen Glaubwürdigkeit, der sich die CDU plötzlich stellen muss. Wie wollen Ministerpräsidenten vor ehemaligen DDR-Eliten warnen, wenn sie selbst kein klares Verhältnis zu ihrer Vergangenheit finden? Wie soll die Union gegen die Linke argumentieren, ihren Hauptkonkurrenten in den neuen Ländern, wenn sie selbst mit ihren Blockflöten Stanislaw

„kontraproduktiv“. CSU-Mann Peter Gauweiler assistiert: Jeder solle lieber vor seiner eigenen Haustüre kehren, so auch die CDU.

Fast 20 Jahre hat die Union das nicht für nötig befunden, ihre Rolle im SED-System nie überzeugend aufgearbeitet.

Wie es wirklich um die CDU im Osten vor dem Herbst 1989 bestellt war, lässt sich den Materialien der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entnehmen. Dort steht, die CDU sei von 1950 bis 1989 zur „kleinbürgerlichen Blockpartei“ deformiert worden, die „der Umsetzung kommunistischer Politik unter spezifischen Zielgruppen“ diene. Sie galt als „Übermittler politischer Entscheidungen der SED“ und unterschied sich ideologisch von dieser „nur durch die, ergänzend zum Marxismus/Leninismus, auch christliche Begründung für politisches Handeln“.

Staatsnähe wurde mit Ämtern belohnt. Rund 36 Prozent der staatlichen Stellen wurden von Christdemokraten besetzt. Sie hatten mehr Ämter und Funktionen als alle